

Vorwärts

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhof 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung
Geschäftszeit 9-5 Uhr
Verleger: Dorothea-Verlag GmbH
Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Telefon: Dönhof 2508-2507

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Briand's Schwenkung.

Annahme des englischen Standpunktes. — Keine Opposition Poincaré's.

London, 3. Juni. (W.T.B.) Der Pariser Berichterstatter der „Times“ meldet, das französische Außenministerium habe seinen Entwurf der Note an Deutschland über den Sicherheitsplan fertiggestellt, deren Text sich

sehr eng an das britische Memorandum

halte. Briand's Beschluß, die britische Fassung des Pakties anzunehmen, werde bekräftigt durch die Tatsache, daß in Paris keine große Opposition gegen diese Fassung erhoben wurde. Hervorragende politische Schriftsteller aus dem nationalistischen Lager seien jetzt bereit, sie anzunehmen als Höchstmaß dessen, was Frankreich von Großbritannien erhoffen könne. Es verlautete, daß der Entwurf, sobald Poincaré, der zwar ein Gegner jedes gegenseitigen Pakties mit Deutschland sei, keine Opposition gegen den Garantiepakt machen werde, in der Briand'schen Form angenommen werde, monach Frankreich nach britischer Auffassung das Recht habe, seinen Alliierten an der Ostgrenze Deutschlands beizugehen. Der Pakt könne unter keinen Umständen so ausgelegt werden, daß er Frankreich hindere, in ehrenhafter Weise seine Verpflichtungen aus den mit Polen und der Tschchoslowakei abgeschlossenen Verträgen zu erfüllen, die Deutschland bekanntgegeben worden seien, wenn es den Pakt unterzeichnet. Auf der anderen Seite sei die französische Regierung nicht der Meinung, daß die Neutralität des Rheinlandes angegriffen werden könne, wenn die militärischen Operationen infolge Unterstützung Polens und der Tschchoslowakei durch Frankreich durch deutsches Gebiet getragen werden sollten. Die Franzosen seien indessen nicht der Ansicht, daß die Möglichkeit einer militärischen Intervention sehr ernstlich ins Auge gefaßt zu werden braucht. In Paris werde allgemein geglaubt, daß die

b) durch die in der Völkerbundsatzung vorgesehene Methode der Regelung von Streitigkeiten, oder

c) durch ein besonderes Verfahren, welches in dem Pakte dargelegt wird und welches die Rechte und Verantwortlichkeiten der Unterzeichner regeln würde.

Mit anderen Worten, der Schlüssel zur Tür würde sich nicht in der Hand eines einzigen Treuhänders befinden, sondern im Einklang mit der Gerechtigkeit benutzt werden. Wenn z. B. die Deutschen sich weigern würden, einer schiedsgerichtlichen Entscheidung zuzustimmen oder sich dem Schiedspruch zu unterwerfen, und einen ihrer östlichen Nachbarn planmäßig anzugreifen, dann würde England zwar beiseite stehen, aber der freie Durchmarsch der französischen Truppen durch die entmilitarisierte Zone würde voraussichtlich auf keinen britischen Widerstand stoßen. Wenn aber Polen gegen die Satzungen verstoße, so würde die entmilitarisierte Zone zweifellos unpassierbar bleiben. Die Bedingungen der französisch-polnischen Militärkonvention, die bisher geheim gehalten worden seien, würden daher möglicherweise einer Aenderung unterzogen werden müssen, um sie mit dem neuen Pakt in Übereinstimmung zu bringen. Der Berichterstatter schließt, es werde vielleicht noch einige Monate dauern bis der Pakt ausgearbeitet werden könne. Wenn die entmilitarisierte Zone unter allen Umständen für unverletzlich erklärt werden sollte, so würde die Aufgabe der Staatsmänner beträchtlich einfacher sein.

Kompromiß in der Anschlußfrage?

Verhandlungen in Genf.

Genf, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Auf der Waffenhandelskonferenz ist am Dienstag ein Beschluß gefaßt worden, der die Randstaaten Rußlands, nämlich Rumänien, Polen, Lettland, Estland und Finnland von der Verpflichtung, über importierte oder exportierte Waffensorten öffentliche Angaben zu machen, solange entbindet, bis Rußland ebenfalls die Konvention zur Verhinderung des illegalen Waffenhandels anerkennen würde.

Wie das Genfer „Travail“ aus zuverlässiger Quelle erfährt, hat der tschechische Außenminister Beneš während seines Aufenthaltes in Genf in einer Unterredung mit dem Beauftragten der Wiener Regierung versucht,

in der Anschlußfrage ein Kompromiß zu finden.

Zur Führung der Verhandlungen für Oesterreich ist der frühere Finanzminister Grünberger ermächtigt worden. Beneš habe Oesterreich große Erleichterungen im Zoll- und Transitverkehr durch die kleine Entente in Aussicht gestellt und soll außerdem zugesichert haben, sich beim Völkerbund dahingehend zu verwenden, daß Oesterreich einerseits von allzu strengen finanziellen Kontrollmaßnahmen verschont bleibe und andererseits eine Reihe von wirtschaftlichen und finanziellen Forderungen geltend machen dürfe, von deren Erfüllung seine Haltung in der Anschlußfrage abhängen wird. Zu diesem Zweck werde Oesterreich zur nächsten Völkerbundstagung eine Sonderdelegation entsenden, die beim Völkerbund sofortige finanzielle Hilfe fordern wird; außerdem müßte sich Oesterreich für den Anschluß an Deutschland entscheiden. Im übrigen werde Oesterreich bis zur Erledigung dieses Gesuchs sich bezüglich der Anschlußfrage durchaus abwartend verhalten.

Eine Bestätigung.

Sofia, 3. Juni. (W.T.B.) Da den Behörden zur Kenntnis gelangt ist, daß sich in Sofia eine Anzahl von Besuchern versteckt halten, ist noch vor der heute Abend stattfindenden Entlassung der Milizgruppen eine Durchsuchung der Stadt angeordnet worden. Diese Maßnahme dauert indessen nur einige Stunden (?). Während dieser Zeit ist der Verkehr auf den Straßen nur mit besonderen Ausweisarten gestattet.

Sofia, 3. Juni. (W.T.B.) In Hinblick der heute Abend zur Entlassung kommenden 10 000 Milizsoldaten, sind von der Regierung die nötigen Anordnungen (?) bereits getroffen worden.

Sofia, 3. Juni. (W.T.B.) (Meldung der bulgarischen Telegrafagentur.) Es ist den Behörden gelungen, der Oberhäupter verschiedener Räuberbanden habhaft zu werden, die insbesondere die Gegenden von Plovdiv und Hasdovo unsicher machten.

Verhärfung der Lage in Schanghai.

2000 Amerikaner und Italiener gelandet.

London, 3. Juni. (W.T.B.) Reuter meldet aus Schanghai, daß der Streit um sich greift. Der Streikrat hat Vertreter zur Kontrolle des Lebensmitteltransportes ernannt. Ein italienischer Kreuzer landete 50 Mann Marinetruppen, die mit einer vor amerikanischen Zerstörern gelandeten Truppe eine Vorhut von 2000 Mann Matrosen und Marinetruppen bilden und sich, entsprechend den Anweisungen der belgischen Gesandtschaften, auf dem Wege nach Schanghai befinden. Die Lage wird immer schlimmer.

Kommunistenverhaftungen in Ägypten. Die Behörden verhafteten in Kairo acht Personen und weitere acht Personen in Alexandria, wo auch eine Druckerpresse und viel schriftliches Material beschlagnahmt wurden.

Frankreich's Frontsoldaten.

Ihr Urteil über die Wahl Hindenburg's.

Von Hermann Schüßinger.

Man stelle sich den Sturm der Entrüstung und das Marmeladegeheul vor, das bei der Wahl Joffres oder Fochs zum Präsidenten der französischen Republik durch unsere schwarzweiß-roten „Frontsoldaten“ vom „Stahlhelm“ und vom „Werkwolf“ geäußert wäre, dieses Wutgeheul über den Affront gegen die Generation des großen Krieges, die durch die Schilderhebung eines solchen Mannes im Westen zynisch herausgefordert worden sei — zur Veremigung des Kriegszustandes zwischen Deutschland und Frankreich. So ähnlich hätte es zweifellos gelaute im „Stahlhelm“ oder im „Fridericus“.

Wie aber hat die Wahl Hindenburg's in Frankreich auf die alten Soldaten gewirkt?

Während in Deutschland den 40 Prozent der ehemaligen Kriegsteilnehmer umfassenden Offizieren, Unteroffizieren und unverbesserlichen „Kriegervereiner“ des Kaffhäuserbundes und der „Vaterländischen Verbände“ etwa 60 Prozent des „Reichsbanners“ und des „Reichsbundes der Kriegsbeschädigten“ gegenüberstehen, ist in Frankreich die Verteilung der alten Soldaten auf die Front der Kriegsveremigung und der Völkerveröhnung eine andere. Hierüber gibt Aufschluß der „Almanach du Combattant 1925“ der „Soldatenkolonne“ der gesamten französischen Kriegsteilnehmerschaft, der — nebenbei bemerkt — einen klammernden Protest Jean de Pierrefeu gegen die Grausamkeit der französischen Truppenkommandeure und die Massenerschießungen im Weltkrieg, und ein Kapitel aus Fritz von Unruh's „Opfergang“ (la bataille de Verdun) enthält. Dieser Almanach enthält eine Unzahl französischer Kriegsbeschädigten- und Kriegsteilnehmerverbände, Offiziers- und Regimentsvereinigungen, aus denen zwei große Gruppen mit eigenen Wochenschriften herauszuschälen sind: Die „Union fédérale des associations de blessés et anciens combattants“, die sich etwa das außenpolitische Programm des „Parti des Vintés“ zu eigen gemacht hat, umfaßt etwa 70 Proz. der ehemaligen Frontsoldaten und die „Union nationale des combattants“, die sich dem „Nationalklub“ zur Verfügung stellt, etwa 20 Proz. Dabei ist zu beachten, daß selbst die Führer der „Union nationale“ es nicht wagen, vom Evangelium der gesamten französischen Kriegsteilnehmerschaft, dem Erfolg des Zukunftskrieges durch den Völkerbund irgend etwas abzutreiben. Lediglich 10 Proz. der alten Soldaten sind in dem kommunistischen (fédération ouvrière et paysanne des mutilés) und in dem nationalistischen Frontsoldatenverband organisiert. Selbstverständlich überschneiden sich die innen- und außenpolitischen und die ökonomischen Interessen der ehemaligen Feldzugsteilnehmer Frankreichs, je nach ihrer Stellung im Erwerbsleben und im Staat. Das eine aber weiß auch die Regierung des „cartel de gauche“, daß sie mit einer Politik der Vernunft und des Veröhnungswillens gegenüber Deutschland die erdrückende Masse der alten Soldaten hinter sich hat und deswegen berief sie den Ehrenvorsitzenden der „Union fédérale“, den Litter Universitätsprofessor Cassin, der selbst Kriegsbeschädigter ist, in die französische Delegation des Völkerbundes als Repräsentanten der friedensbereiten Frontsoldaten des anderen Frankreich.

Die Wahl Hindenburg's hat selbstverständlich auch auf die französische Kriegsteilnehmerschaft wie ein Kanonenschuß gewirkt. Tiefster Ernst zieht durch die Stimmen ihrer Presse. Die „Voix du Combattant“, das Organ der „Union nationale“ ruft zu einem außerordentlichen Kongress in Périgueux auf und bringt riesige Bilder von einem „Frontsoldatentag“ in den Ruinen von Ypern unter der Ueberschrift „Die alten Soldaten vergessen nicht“. Auch das Organ der kommunistischen Soldatengruppe, „le Mutilé“ löst sein Süsschen an dem Feuer, das ihm die Hindenburg-Wahl geliefert hat.

In der großen „Union fédérale“ aber und ihrem Blatt „La France mutilée“, der überragenden Frontsoldatenzeitung der französischen Kriegsteilnehmerschaft, herrscht ein tiefer Ernst und eine bewundernswerte Befasheit gegenüber dem Fanstarenstöß, den der Name Hindenburg leider nun einmal bedeutete.

Der Leitartikel vom 3. Mai „Die deutschen Kriegsteilnehmer und Hindenburg“ veranschaulicht in lebendigen Worten den Kampf des „Reichsbanners Schwarz-Roi-Gold“ gegen die Kandidatur Hindenburg, die Aufmärsche der Republik im Berliner Sportpalast, in Hamburg, in Magdeburg und in Hannover und zitiert die Äußerung zur Hindenburg-Frage, die während des Wahlkampfes Graf Montgelas in der „Vossischen Zeitung“, General v. Deimling im „Berliner Tageblatt“ und der Verfasser dieser Zeilen im „Bormärts“ veröffentlichten. Der Aufsatz schließt mit den Worten:

Für uns alte Soldaten ist die Tatsache von größter Bedeutung, daß in Deutschland diese „Reichsbanner“-Bewegung unter der Kriegsteilnehmerschaft lebendig geworden ist, deren Bormarsch wir mit größtem Interesse verfolgen, dieser Kampfbund, der sich Schritt für Schritt aus dem preußischen Mutterboden emporentwickelt — trotz aller Schikanen und Hemmungen — trotz alledem!

Von direkt programmatischer Bedeutung aber ist die Stellungnahme des Professor Cassin, des geistigen Führers der „Union fédérale“ zur Hindenburg-Wahl in derselben Nummer der „France mutilée“.

Cassin unterschätzt nicht die verheerende Wirkung, welche diese Kandidatur des deutschen Marschalls auf den Kleinbürger und Kleinbauern der französischen Provinz, soweit er

Was geht in Sofia vor?

Von der Außenwelt abgeschlossen.

Belgrad, 3. Juni. (TU.) Reisende, die von der bulgarischen Grenze kommen, teilen mit, daß Sofia seit gestern morgen von der Außenwelt vollständig abgeschlossen sei. Kein Mensch dürfe in die Stadt hinein oder aus der Stadt heraus. Auf den Straßen patrouillieren Refereesoffiziere und Unteroffiziere mit weißen Armbinden, dem Abzeichen ihrer Zugehörigkeit zu dem Verein der Refereesoffiziere. Um 8 Uhr morgens fuhr ein Offizier der Stadtkommandantur im Auto bei allen Gesandtschaften vor und übergab für die Angehörigen der verschiedenen Gesandtschaften Passierscheine, die zu freiem Verkehr in der Stadt ermächtigen. Alle Geschäfte, mit Ausnahme der Apotheken und der Bäckereien, sind geschlossen. Die gestrigen Morgenblätter sind nicht erschienen.

Ueber die Ursachen dieser außerordentlichen Maßnahmen verläutet, daß sie im Zusammenhang mit der Entlassung jener 10 000 Mann stehen, zu deren Entlassung die bulgarische Regierung ein Ultimatum in der Kathedrale von der Völkerverkonferenz ermächtigt worden ist, und die nunmehr nach dem Entschluß der Völkerverkonferenz entlassen werden müssen. Den Behörden soll zur Kenntnis gekommen sein, daß eine Anzahl Verächter sich in Sofia verborgen hält, weshalb sie vor der Entlassung der Miliz in der Stadt Hausdurchsuchungen vornehmen lassen. Nach einer anderen Auffassung sind die außerordentlichen Maßnahmen des Militärkommandos mit einem neuen Attentatsversuch auf den König Boris in Zusammenhang zu bringen. Mehrere Personen, die an dem Attentatsversuch vor einigen Wochen beteiligt waren, sollen sich in Sofia aufhalten.

den blaugrauen Rock des „poulu“ im Weltkrieg getragen hat, hervorrief. Er weiß ganz genau, daß von dorthin der Ruf nach „Sicherheit“, d. h. nach Pfändern am Rhein und nach einer einseitig aufgezogenen Völkerbund-Exekutive noch lauter werden wird, solange der alte Marschall das neue Deutschland repräsentiert.

Dennoch hütet er sich, zu jammern und die Zukunft in düsterstem Grau zu malen: „Es genügt nicht, sich zu entrüsten noch wie Besiegte zu klemmen. Es gilt jetzt, neue Wege auszuhauen mit Kaltblütigkeit und bitterem Ernst.“ Und dann untersucht Cassin die Garantien für den europäischen Frieden, die Abrüstung Frankreichs unter Verlebendigung des Kollektivpans vom „Voll in Waffen“, eine aktive Völkerbundpolitik — und schließlich:

Eine letzte und wichtigste Pflicht harrt unser; Frankreich hat vielleicht nicht genügend die Kräfte gestiftet, die in Deutschland für die Republik im Kampf stehen. In dieser Zeit der Verfolgungen, die sich aufgetan hat gegen die wenigen Männer, die sich der Pflichten ihres Volkes gegen die europäische Völkergemeinschaft bewußt sind, müssen die einstigen französischen Frontsoldaten erkennen, daß die Stärkung des republikanischen Deutschland den Kernpunkt der Befriedung Europas bedeutet.

Das in die bürgerlichen Berufe zurückgekehrte Feldheer Frankreich hat keinen Anlaß, sich zu fürchten vor der Geste, welche die Wahl Hindenburgs bedeutete. Jeder einstige Berufssoldat weiß, daß für ein bis zum letzten ausgerüstetes modernes Heer von drei Millionen, wie es das heutige Frankreich aufzurufen vermag, die Drohung mit der imaginären Revanche unserer deutschnationalen und völkischen Presse von vornherein zur Lächerlichkeit verurteilt ist. Furcht ist es also nicht, was die Veteranen Frankreichs übermannt hat angesichts des Wahlsiegs des schwarzweißroten Deutschland, aber ehrliche Sorge um den europäischen Frieden.

Wir haben keine Veranlassung, bei den Kriegsteilnehmern Frankreichs de- und wehmütig um unser Dasein zu winseln und ihretwegen alles gut zu heißen, was die Nachkriegspolitik des „bloc national“ an dem friedenswilligen Deutschland gesündigt hat. Und doch ist auch für uns diese Frontsoldatenbewegung Frankreichs von höchster Bedeutung als ein wichtiger Antrieb zu einer neuerlichen Befriedung des Kontinents im Geist der gegenseitigen Achtung und des gesunden Menschenverstandes, im Sinn einer Verjüngung der Gewaltpolitik, deren Opfer in erster Linie wir getragen haben, die alten Soldaten. Der leidenschaftslose Ernst, mit dem Frankreichs alle Soldaten die Kandidatur des Marschalls aufgenommen haben, kann uns ein Vorbild sein.

Die Krise der Bayerischen Volkspartei.

Die Einigung mit dem Zentrum.

München, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Die „Münchener Volkszeitung“ veröffentlicht heute eine neue Zuschrift eines „bekannten Mitgliedes der Bayerischen Volkspartei“, die sich mit den Bestrebungen in der Bayerischen Volkspartei beschäftigt, die eine Einigung mit dem Reichszentrum herbeiführen wollen. Diese neue Zuschrift zeigt sehr deutlich die großen Gegensätze auf, die sich in der bayerischen Regierungspartei geltend machen. Der ungenannte Artikelschreiber stellt zunächst zwei große innenpolitische Erfolge seiner Partei fest, nämlich die große Abschöpfung der Hitler-Bewegung, die auf das tote Gletsch geschoben worden sei, und den nicht wirkungslos verhaltenen bayerischen Protest gegen den Reichstagsbeschluss betr. die Wiederaufnahme der Verfolgungen gegenüber Urteilen der Bayerischen Volkspartei. Aber trotz dieser Erfolge befindet sich die Partei — parteipolitisch gesehen — im Zustande der Unsicherheit und Zerfahrenheit. Die Niederlage, die Geheimrat Dr. Heim bei der Präsidentenwahl in der bayerischen Landesbauernammer erlitt, werde dem bevorstehenden Parteitag der Bayerischen Volkspartei hinreichend Gelegenheit geben, die Frage der Parteitaktik erneut zu besprechen. Die unfreundliche Haltung der Deutsch-

nationalen bei dieser Wahl habe selbst Mitgliedern des rechten Parteiflügels Veranlassung gegeben, auf eine Lösung des Koalitionsverhältnisses mit den Deutschnationalen im Bayerischen Landtag hinzuwirken. Wenn es nicht gelinge, auf dem Parteitag eine Klärung herbeizuführen und die Partei wieder zur Politik der Mitte zurückzuführen dann werde der Zerfallsprozess seinen Fortgang nehmen und den Bestand der Partei aufs schwerste erschüttern.

Hitlers Pleite.

München, 3. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Einen neuen Beweis, wie schlecht es um Hitler und seine Bewegung steht, lieferte eine von den Nationalsozialisten nach längerer Zeit wieder einberufene „Massenversammlung“ im Bürgerbräukeller, in der Hitler durch den Mund seiner Betreuer Esser und Streicher die in mäßiger Zahl erschienenen Neugierigen zum treuen Aushalten ermahnen ließ. Die Leute waren aber von den Ausführungen der beiden Referenten so wenig befricdigt, daß sie mitten in der Rede Streichers anfangen, davonzulaufen. Selbst die Angehörigen der Sturmabteilungen mußten von ihren Führern zur Ruhe befohlen werden. Schließlich mußte man sich nicht anders zu helfen, als Hitler selbst so schnell als möglich herbeizuholen. Ihm gelang es dann auch, dem allgemeinen Durcheinander durch folgende Ansprache ein Ende zu machen: „Wie sie wissen, darf ich keine Rede an sie halten. Ich fordere sie aber auf, bleiben sie der Bewegung treu und bringen sie dafür größere Opfer als je zuvor. Die Bewegung wird und darf nicht zugrunde gehen. Sie muß aus der Zeit der Unterdrückung stärker herauswachsen als je zuvor. Bringen sie Opfer dafür und zwar finanzielle Opfer, das einzige, was ich von ihnen verlange.“ Daraufhin konnte die Versammlung ordnungsgemäß geschlossen werden, wobei der Vorsitzende noch mitteilte, daß die Einnahmen aus den Versammlungen fast die einzige Quelle seien, womit die Bewegung gestützt wird. Infolgedessen werde die Partei von jetzt an wieder wöchentlich ihre öffentlichen Versammlungen abhalten.

Kommunistische Heuchelei.

Ein neues Opfer der KPD-Zentrale.

Im Feinddruck meldet die „Rote Fahne“, daß der frühere Reichstagsabgeordnete Hans Stetter aus Stuttgart in Mannheim in der Wohnung des Reichstagsabgeordneten Kanzler verhaftet worden ist. Diese Meldung dient natürlich wieder als Anlagematerial gegen die dreimal verrückte Sozialdemokratie, die an allem schuld ist. In Wirklichkeit ist an der Verhaftung Stettters nur die KPD-Zentrale schuld. Hans Stetter, einer der alten und eingesehnen früheren Führer der württembergischen Kommunisten, gehörte zu den wenigen Leuten, die schon seit Jahrzehnten in der organisierten Arbeiterbewegung tätig waren. Bei der Reichstagswahl am 7. Dezember 1924 wurde Hans Stetter von der KPD-Zentrale nicht mehr als Spitzenkandidat aufgestellt, obwohl der württembergische Bezirksauschuß in seiner Mehrheit dies verlangte und eigens zu diesem Zweck eine Deputation nach Berlin zu der Zentrale sandte, die dort aber in wenig sanfter Weise zur Tür hinausbugstiftet wurde. Er wurde nicht mehr als Spitzenkandidat aufgestellt, obwohl es der Zentrale bekannt war, daß mindestens zwei Duzend zum Teil sehr schwerwiegende Prozesse gegen ihn schweben und er von der Polizei ständlich verfolgt wird.

In seiner Stelle wurde Herr Remmelse, der politische Ringkämpfer der KPD, als Spitzenkandidat nominiert. Stetter erhielt monatelang weder von der Zentrale noch von dem mit Kreaturen der Linken besetzten württembergischen Bezirksauschuß irgendeine Antwort auf seine Frage, weshalb er nicht mehr als Kandidat aufgestellt werde. Schreiben an die Zentrale wurden nicht beantwortet. Er erhielt keine Gelegenheit, sich persönlich bei der Zentrale auszusprechen. Nach endlosem Warten ließ man ihm wissen, daß er in Zukunft nicht mehr darauf rechnen könne, im Dienst der Partei Verwendung zu finden. Er wurde dann nach Eisinger-Verhörungen abgehoben.

Eines der Hauptverbrechen Stettters bestand darin, daß er die bei der KPD sehr verpönte Eigenschaft besaß, als Reichstagsabgeordneter sich um sachliche Arbeit zu bemühen. Er arbeitete besonders im Sozialpolitischen Ausschuß und das wurde ihm zum Verhängnis, denn nach Meinung der Ruth-Fischer-Zentrale ist solche

Arbeit: Reformismus. Herr Remmelse, dessen Ellenbogen bekanntlich stärker als sein Geist sind, hat bei der Koalitionsstellung Stettters eine besondere Rolle gespielt. Remmelse, der in Oesterreich es für durchaus zweckmäßig hielt, die Gastfreundschaft unserer österreichischen Parteigenossen in Anspruch zu nehmen, ist in der deutschen KPD, bekanntlich ein sehr radikaler Mann und erklärt dort jeden in Acht und Bann, der mit Sozialdemokraten verkehrt. Stetter ist nicht der einzige alte Kommunist, der in Württemberg von den Linken kaltgestellt wurde. Einer seiner Brüder wurde glatt aus der KPD hinausgeworfen. Umfried, einst hervorragendes Mitglied des Stuttgarter Arbeiter- und Soldatenrats, dann Hauptagitor der KPD-Zentrale für Landarbeiterfragen, ist längst gemahregelt und bei einem privaten Arbeitgeber in den Dienst getreten. Wieft, auch eine frühere Größe und Angestellter der Zentrale, ist auf einen untergeordneten Posten abgehoben. Enderle, bis vor kurzem Gewerkschaftsredakteur der „Roten Fahne“, ist abgefäht und darf noch gegen Seitenhonorar schreiben. Jakob Walcher gehört zu dem Jirkel der gestürzten Brandler-Leute. Nur dank seiner Beziehungen zu einigen Rostlauer Größen kann er sich noch mühsam in der Partei halten. Die Auseinandersetzungen haben ihn dahin gebracht, daß er als totkrankter Mann in einem russischen Sanatorium daniederliegt.

In der „Roten Fahne“ aber versucht die heuchlerische Gesellschaft aus der Zentrale der KPD, mit ihren eigenen Opfern noch politische Geschäfte zu machen. „Genosse Stetter verhaftet,“ melden sie im Sperrdruck. Warum melden sie nicht: „Genosse Stetter von uns der Polizei in die Arme getrieben.“ Das allein würde der Wahrheit entsprechen.

„Ein freches Ablegnungsmanöver“.

Die „Rote Fahne“ entrüstet sich darüber, daß wir die famose Begründung für die Mahregelung der Brandler, Thalheimer und Radel veröffentlicht haben. Da die löstliche Kavalergesichte beim besten Willen keinen Anlaß zu weiterer Polemik gibt, behauptet sie, wir hätten die Mahregelungsbegründung nur veröffentlicht, um die hohe Polizei auf die armen russischen Kommunisten zu hehen. Wir verstehen nicht, warum die „Rote Fahne“ so fürchtbar empfindlich ist. Wir haben doch keine Geheimnisse mitgeteilt. Die „Imprekor“ wird doch schließlich von allen Leuten, die sich für die geistvollen Äußerungen der KPD interessieren, gelesen und im übrigen, es gibt doch auch noch andere Stellen, an denen die Kommunisten ihre Vorliebe für Polizeiaktionen offen bekennen. Vielleicht nimmt sich die Redaktion der „Roten Fahne“ einmal die Ar. der „Pravda“ vom 28. Mai vor. Da findet sich ein sehr schöner Artikel von Radel über die bulgarischen und sonstigen weisgardistischen Agenten, die in Deutschland kommunistische Dokumente fälschen. Radel entrüstet sich darüber, daß die deutsche Polizei dieser Gesellschaft das Handwerk nicht legt. Wörtlich schreibt er:

„Die Zulassung solcher Agenturen auf deutschem Boden ist ein Akt der Unliebenschwürdigkeit im Verhältnis zu den Mächten, gegen die diese Agenturen arbeiten. Demokratische Länder verteidigen zwar das Anrecht für Leute, die um ihrer politischen Überzeugung willen verfolgt werden. Aber kein Land kann das Anrecht für Leute verteidigen, die internationale Konflikte mit gefälschten Papieren erzeugen.“

Mit dem Scharfsinn, mit dem Radel bekanntlich immer alles zu beweisen versteht, was jeweilig verlangt wird, beweist er hier in besonderen Falle, über den er hier schreibt, daß die deutsche Regierung in ihrem eigenen Interesse die Verpflichtung hat, ihre Polizei gegen bestimmte Leute in Bewegung zu setzen. Na, wenn Karlchen Radel schon so viel Sympathien für Polizeiaktionen hat, warum sollten dann andere Leute nicht auch den Standpunkt vertreten dürfen, daß die Herrschaften, die mit gefälschten Dokumenten in Deutschland hereinsinken und in Putzchen machen, sich andere Gegenden für ihre menschenfreundliche Tätigkeit aussuchen könnten. Bela Kun ist uns jedenfalls in Lissa von lieber als hier, die Putzschisten haben Elend genug über die deutsche Arbeiterschaft gebracht. Die moralische Entrüstung kann sich die „Rote Fahne“ daher durchaus schenken.

Die Hunde.

Von Hans Bauer.

Alle Nachmittage gegen fünf Uhr höre ich in meinem Sommerfrischhäuschen ein lebliches Glockenspiel. Ein großer Trupp Röhre frucht da von der Weide in seine Ställe heim und nimmt den Weg durch mein Dorf. Zwei Hunde begleiten die Herde. Sie halten sich in der Regel am Ende des Juges auf, verwenden ein sorgsam Augenmerk auf die Röhre und springen bellend herzu, wenn eines der Tiere seinen Schritt zu weit nach dem Strahenrande hin lenkt. Die Hunde sind überaus eifrig, überaus geschäftig in ihrem Bewachungsdienst. Sie rasen hin und her, laufen ein Stück vor, laufen wieder zurück, kommen nicht zur Ruhe. Sie sind immer angestrengt, immer tätig, immer aufgeregt. Es gibt ernstlich gar keine Arbeit für sie. Die Röhre gehen in der Mehrzahl seit Jahren diesen Weg. Länger als die Hunde. Sie wissen Bescheid. Sie trotten in dem behäbigen Pflagma, das ihnen eigen ist, den Behausungen zu. Sie irren nicht ab. Es ist Verlaß auf ihren Orientierungsinstitut. Das hindert natürlich nicht, daß hin und wieder einmal eine Kuh einen kleinen Seiten sprung macht. Sie hat da für einen Augenblick ihre Gedanken für sich gehabt oder ein grünes Blatt entdeckt, das aufzuheben ihr der Röhre wert erschien. Schon stürzt dann einer der Hunde herbei. Klüfft sie an. Schnappt nach ihren Beinen. Macht ein schredliches Aufhebens. Die Kuh senkt die großen Augen zur Erde: Was will der? Was ist's mit dem? Der Hund läßt sich auf keine Debatte ein. Er best die Kuh zur Ordnung: Zurück in die Reihe! Die Kuh gibt nach. Sie hat das gar nicht so nötig. Im Ernstfalle nehme sie es schon mit dem Hunde auf. Aber es liegt ihr nicht, um Bagatellen einen Streit heraufzubehämmern. Sie trottet zurück in die Herde, fügt sich dem Gänsemarsch ein. Der Hund läuft — nein, er schreitet zurück an das Ende des Juges. Er ist nichts Besseres als die Röhre. Er ist Kreatur wie sie. Unnützlich als sie sogar. Aber er hat hier einen kleinen Aufwachtposten, eine Inspektion.

Er weiß das. Er ist Borgeleiter. Er bringt das zur Geltung. Er ist auf ewiger Ausschau nach neuen Möglichkeiten, sich in seiner Rolle zu betätigen, zu bewähren. Er ist Tier gegen Tiere. Aber er wünscht nicht daran erinnert zu werden. Die animalische Gleichgültigkeit ist nur das bedauerliche Ranko einer instanzlichen Heberlegenheit.

Ganz vorn ist eben wieder eine Kuh aus der Reihe getreten. Der Hund weht lärmend an die Stelle des Verbrechens. Die Kuh ist inzwischen schon wieder im Glied. Der Hund verbeißt sich noch nachträglich. Es kommt dadurch eine gewisse Unruhe in einige Röhre. Sie biegen nach links. Das ist Anlaß für den zweiten Hund, aus seiner beobachtenden Reserve herauszutreten und ebenfalls nach vorn zu fügen: auf der anderen Seite. Die Unruhe wird dadurch

größer. Zwei, drei Reihen Röhre geraten durcheinander. Der Treiber greift ein. Ein paar Hühs und Hohns, und die Röhre marschieren wieder richtig.

Die Hunde schreiten zurück. Die Junge hängt aus ihrem Halte. Der Schweiß weidet maßlos stolz. Sie haben die Ordnung wiederhergestellt.

Der Vater der Kathederblüten.

Die sog. „Kathederblüte“, dieses eigenartige Gewächs unfreiwilligen professoralen Humors, mag gewiß so alt sein wie der höhere Unterricht selbst. Aber als literarische Gattung ist die „Kathederblüte“ verhältnismäßig jung. Ihr Vater und Klassiker war ein 1750 geborener Professor zu Altenburg, Johann Georg August Galletti, von dessen wunderlicher Persönlichkeit und komischen Leistungen Karl Hünerberg in „Reclams Universalium“ erzählt. Galletti hat zahlreiche Werke auf dem Gebiete der Geschichte und Geographie verfaßt, die heute vergessen sind. Sein Andenken erhalten die unergleichlichen Aussprüche, die der zerstreute, mit einem Buß von Gelehrsamkeit angefüllte Mann auf dem Katheder von sich gab und die anfangs von den Schülern mündlich bewahrt, dann später schriftlich aufgezeichnet wurden. Um 1850 erschien ein heute verschollenes Büchlein ohne Verfassernamen unter dem Titel „Gallettiana“, in dem die Kathederblüte, die nachher von den Witzblättern so reichlich gepflegt wurde, zuerst in klassischer Form in der Erscheinung tritt. Der Herausgeber des Büchleins vermahnte sich dagegen, „der Impietät gegen den verdienten Schuttmann und geachteten Schriftsteller geziehen zu werden, wenn er diese Aussprüche veröffentlicht“.

Aus der reichen, mehr als 400 Stück umfassenden Sammlung seien einige Proben mitgeteilt: Was die Farbe des Mondes betrifft, so ist sie gewöhnlich groß. — Moses ließ die Bibel ins Lateinische überfetzen. — Als der Prophet Zacharias gestorben war, nahm er eine andere Lebensart an. — Medea schaffte dem Jason Gelegenheit, den Minotaurus zu töten, nein — es war ein anderer Däse, der das goldene Vließ brachte. — Wäre Cäsar nicht über den Rubikon gegangen, so läßt sich gar nicht absehen, wohin er noch gekommen wäre. — Nach der Hinrichtung der Maria Stuart erschien Elisabeth im Parlament, in der einen Hand das Schmutztuch, in der anderen die Träne. — Nach der Schlacht von Leipzig sah man Pferde, denen drei, vier und noch mehr Beine abgeschossen waren, herrenlos herumlaufen. — Die Hottentotten haben ein so gutes Gesicht, daß sie ein Pferd drei Stunden weit trappeln hören. — Das Kaspiische Meer ist eigentlich kein Meer, sondern bloß ein See, denn es ist von allen Seiten mit Wasser umflossen. — Die Bewohner von Hinterindien haben sichtlich unter dem Monde eine Definition. Ich habe sie mir auf der Karte gemerkt. — Die Kälte wächst gegen den Nordpol um 10 Grad, zulezt hört sie ganz auf. — Der Tiger, der Leopard und der Panther lassen sich nur durch das Fell unterscheiden, welches bei allen dreien bunt ist. — In der Mathematik gibt es viele Lehrlinge, welche sich nur dadurch beweisen lassen, daß man von vorn anfangt. — Halten Sie die Ohren, wenn Sie Ihrer Junge nicht freien Lauf lassen wollen.

Ein Riesenzug zum Eisenbahnjubiläum. Ein eigenartiger Festzug wird am 2. Juli über die Strecke zwischen Stockton und Darlington in England dahingezogen, auf der vor 100 Jahren die erste Lokomobahn der Welt dahingezogen ist. Zuerst kommt eine der frühesten Lokomobilen „Hutton Colliery“, die mit derselben Geschwindigkeit von 10 Kilometer in der Stunde fährt, wie sie es bei ihrer ersten Fahrt 1822 tat. Dann folgen andere alte Lokomobilen, und ihnen schließen sich große moderne Lokomobilen an, die Zugswagen ziehen, die von den großen Eisenbahngesellschaften gestellt wurden. Der Zug wird 10 Kilometer lang sein und die Entwicklung des Eisenbahnwesens innerhalb eines Jahrhunderts zeigen. Ein ganzer Eisenbahnzug besteht aus flachen Wagen, von denen jeder ein lebendes Bild aus der Geschichte der Eisenbahn trägt. Den Beschluß macht eine der größten und neuesten englischen Maschinen, die „City of Rencastr“, sie folgt der Lokomobilen Nr. 1, der von George Stephenson erbauten Maschine, die den ersten Eisenbahnzug auf der Fahrt von Stockton nach Darlington am 27. September 1825 zog, und diese ist auch diesmal an der Spitze eines Eisenbahnzuges, die dem ersten Zuge genau nachgebildet ist. Auf den Sigen der alten Waggons wird eine Russkapele Platz nehmen, die dieselben Uniformen trägt, wie die Kapelle, die bei der Eröffnung der ersten Eisenbahn der Welt ihre fröhlichen Klänge erschallen ließ.

Maß in Farben. Der amerikanische Erfinder Thomas Alfred hat dieser Tage ein von ihm konstruiertes Instrument, das er auf den Namen „Clavilux“ getauft hat, einem kleinen Kreis von geladenen Kästen vorgeführt. Es ist ein in Gestalt eines Pianofortes erbautes Instrument, das Melodien durch Farben auf einen Schirm wiedergibt. Man sah auf dem Schirm Rotturnos, Grün und Rhapsodien erscheinen, die sich zunächst als einsfarbige Gebilde zu erkennen gaben, um sich im weiteren Verlauf zu einer farbigen Harmonie zu entwickeln, die sich auf einer reichen Skala farbiger Nuancen aufbaute. Das erlebte Publikum, das der interessanten Vorführung beiwohnte, folgte mit lebhafter Anteilnahme diesem Erlebnis in das Neuland einer Kunst, die heute freilich noch in den Kinderschuhen steckt.

Verträge. Im Deutschen Reichsland sprich Donnerstag abends 8 Uhr, in den Räumen des Sozialwissenschaftlichen Clubs, Wilhelmstraße 48, Prof. A. Vogel über „Die Religion der Zukunft“. Einschließend Diskussion.

Eine Bibliothek nordwestlicher Literatur der Jahre 1914—1924 wurde als Geschenk nordwestlicher Freunde zur Ausstattung der Kriegswunden von dem Oberbibliothekar der Universitätsbibliothek Oslo, Wilhelm Kunizer, der Preussischen Staatsbibliothek übermittleit.

Die deutsche Einheitssturzschiff als Vorbild. Die aus Budapest gemeldet wird, haben sich die dortigen Eisenbahngesellschaften durch den Erfolg der deutschen Vereinstellungsbestrebungen zu einem Vorgehen in gleicher Richtung anregen lassen. Der ungarische Landesbahnverwalters hat eine Eingabe an den Landesminister für Eisenbahnen gemacht, damit auch in Ungarn eine einheitliche Sturzschiff geschaffen werde.

Ein bedeutungsvoller Fund in Pompeji. Bei den Ausgrabungsarbeiten in Pompeji wurde neuerdings eine Bronzestatue gefunden, die, wie die italienischen Künstler wissen wollen, von unschätzbarem Wert sein soll. Die Statue, die Apollo in einem weißen Mantel gebürt mit dem Köcher besetzt, wurde sofort nach dem Nationalmuseum in Rom übergeführt. Renner, die Gelegenheit hatten, das Statuettchen zu sehen, verfahren, daß es von außerordentlicher Schönheit und ungewöhnlich gut erhalten ist.

Entweder — oder.

Die Zollpolitik und die Regierung Luther-Strefemann.

Im „Tag“ nimmt der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Professor Hoehlich Stellung zu einer prinzipiellen Frage der Handelspolitik. Er stellt die Regierung vor ein entscheidendes Entweder — oder, das sie bisher vermieden hat. Er schreibt:

„Die Regierung muß die Ueberflucht und die Festigkeit aufbringen, ihrerseits mit einem Programm und Willen im ganzen Gevölk von Fragen, Interessen und Verhandlungen vorzugehen, sonst geht eben die große Urtne und das große Ziel verloren. Das bedeutet konkret, daß wir uns erst und baldigst über Zolltarif und handelspolitische Küftung klar werden, und daß dann der Vertrag mit Frankreich als Ausgangspunkt zu allem weiteren durchverhandelt werden muß, erst danach die anderen Aufgaben kommen können. Wir meinen dabei natürlich nicht den Vertrag mit Nordamerika, der auf einem ganz anderen Brett steht, oder die Verhandlungen nach dem Osten, die ein Kapitel für sich sind. Aber wir warnen schon jetzt vor den Gefahren, die in der Annahme schlechthin des nun zur Beratung kommenden deutsch-englischen Vertrages unausweichlich für unsere Wirtschaft herausziehen, wenn wir es wieder so machen, wenn wir so verhandeln und annehmen ohne Entscheidung über unsere handelspolitische Küftung und über das handelspolitische Programm nach außen. Hier liegt eine Aufgabe ersten Ranges für den Kanzler, das Kabinett und die Parteien, die dieses Kabinett tragen, zugleich eine Verantwortung ersten Ranges vor der deutschen Wirtschaft.“

Die Forderung von Professor Hoehlich ist sehr logisch, aber die Erfüllung ist der Regierung Luther-Strefemann, Kanitz-Neuhaus unmöglich. Ein handelspolitisches Programm, dessen Ziel die Annäherung an den Freihandel ist, kann sie nicht entwickeln und vertreten, ohne die stärkste Regierungspartei, die Partei der agrarischen Interessenten, vor den Kopf zu stoßen. Ein handelspolitisches Programm, prinzipiell hochschutzzöllnerisch, ruft die heile Empörung der Volksmassen hervor. Die Regierung hat es bisher vorgezogen, einerseits die laufenden Verhandlungen mit dem Ziele der Zollermäßigungen weiterzuführen, andererseits aber dem Reichstag die Zollvorlage mit den brotmühernden Agrarministerialentscheidungen vorzulegen. Daß keine rechte Hand nicht wissen, was die linke tut.

Der Ruf nach Führung ist bei so unmöglicher und widersprüchlicher Haltung selbstverständlich. Die Regierung aber scheint nur das Prinzip des Fortwärtstuns zu kennen. Bei der parlamentarischen Beratung des deutsch-spanischen Handelsvertrages ging es um die Verantwortung der deutschnationalen Regierungspartei. Wenn die Regierung diese parlamentarische Situation bei der Beratung der für die künftige deutsche Handels- und Wirtschaftspolitik ausschlaggebenden Verträge mit Frankreich und England wiederholen will, so wird diesmal noch schärfer die Frage nach der Verantwortung der Regierung gestellt werden müssen.

Der deutsche Außenminister hat oft genug betont, man könne die Handelsvertragsverhandlungen nicht mit der Sozialdemokratie, sondern nur gegen die Sozialdemokratie führen. Er verdankt die Annahme des deutsch-spanischen Handelsvertrages, die er fast als Kabinettsfrage bezeichnet hatte, nur dem Verantwortungsbewußtsein der Sozialdemokratie gegenüber der deutschen Volkswirtschaft. Er hat einen kläglichen Zusammenbruch erfahren.

Er wird nicht vermeiden können, Klarheit zu schaffen darüber, was das handelspolitische Programm der Regierung ist.

Tschechischer Zollkampf.

Die Sozialdemokraten erreichen Herabsetzung der Zölle.

Prag, 2. Juni. (Eigener Bericht.) Innerhalb der tschechischen Koalition wird seit Wochen um die Einführung der Zölle gestritten. Die tschechischen Sozialdemokraten widersetzen sich heftig der agrarischen Forderung nach Zollschutz der landwirtschaftlichen Produkte, und wenn es ihnen auch nicht gelingen wird, die Einführung der Zölle zu verhindern, so wird es doch ein teilweiser Erfolg ihres Kampfes sein, daß die Zölle nicht mehr als 14 Kronen gegen 24 resp. 40 Kronen in Deutschland betragen dürften. Außerdem werden die tschechischen Zölle Gleitzölle sein, d. h. voraussichtlich erst dann wirksam werden, wenn der Getreidepreis, der gegenwärtig 250 Kronen beträgt, auf 180 Kronen oder 170 Kronen — die Preisgrenze ist noch strittig — sinkt. Es sollen auch Fettzölle eingeführt werden, jedoch ist noch zweifelhaft, ob diese Fettzölle verwirklicht werden, da sich die tschechischen Sozialdemokraten gerade gegen diese Zölle besonders wenden. Schon bei einem Zoll von 45 Kronen würde sich z. B. 1 Kilogramm Fett um 60 Heller verteuern (1 Krone = 100 Heller = 12,5 deutsche Pfennige). Der Kampf um die Zölle innerhalb der Koalition beherrscht jedenfalls das gesamte politische Leben, und wiederholt schien es während der letzten Wochen, daß die mühsam zusammengeschaltene tschechische Koalition über die Zölle stolpern werde.

Der Führer als Schnorrer.

Herr Laverrenz als nimmermüder Sammler.

Bei der „Nationalpost“, dem von Herrn Laverrenz geleiteten deutschnationalen Organ, ist alles in Ordnung — außer dem einen, daß ihr das Geld fehlt. Herr Laverrenz gesteht das offen zu, und das ist kein Schande; denn die deutschnationalen Herren Großagrarier, die Herren von Ar und Halm, zeichnen sich ja auch dadurch aus, daß ihnen das Geld fehlt — wozu sonst der Schrei nach Schutzzöllen. Der Unterschied ist nur der: Herrn Laverrenz, dem Verleger der „Nationalpost“, fehlt das Geld wirklich.

Also schnorrt er. Er schnorrt vor der Gründung und nach der Gründung, er schnorrt bei der Wahl und nach der Wahl, er schnorrt mit Herrn von Loebell und gegen Herrn von Loebell, und da wir jetzt den Zustand der Finanzen der „Nationalpost“ sanft angedeutet hatten, benutzt er diese Gelegenheit zu einer neuen Schnorkampagne. Nicht übel für einen deutschnationalen Führer.

Aber auch zum Schnorren, zum erfolgreichen Schnorren gehört Geld, und davon mangelt es. So benutzt die „Nationalpost“ die zurückgebliebenen Requiriten früherer Schnorkzüge, und das ist ungeschickt. Sie verschickt Zahlkarten, auf denen man links unten schwarzüberdruckt das Wort „Osterepönde“ liest, darunter das Wort „Siegerepönde“. Das läßt zu tief blicken. Er schnorrt zu Ostern, er schnorrt zu Pfingsten. Nun: wen will er mit der Siegerepönde besorgen, etwa die drohenden Gläubiger? Werden wir dieselben Zahlkarten zu Weihnachten wieder erleben mit dem Aufdruck „Weihnachtereppönde“? Aber nein — solange wird es wohl schwerlich dauern!

Genosse Crispian schreibt uns: Die „rote Fahne“ erzählt, ich hätte im Reichstag wichtige Bestimmungen veräußert, weil ich mich inzwischen hätte malen lassen. Diese Geschichte ist erfunden.

Die Paratyphuserkrankungen in Spandau.

Energische Abwehrmaßnahmen. — Keine Lebensgefahr.

Gestern Abend ging durch die Presse eine kurze amtliche Mitteilung, in der gesagt wurde, daß 16 Beamte der Spandauer Polizeischule für Leibesübungen in der Schönwalder Straße unter schweren Fiebererscheinungen in das Staatskrankenhaus eingeliefert worden seien. Der ärztliche Befund habe ergeben, daß die Beamten an Paratyphuserkrankungen erkrankt wären. Diese Meldung, hinter der mehr vermutet werden konnte als gesagt worden war, hinterließ in der Bevölkerung eine erhebliche Beruhigung. Einem unserer Mitarbeiter ist es auf Grund eingehender Nachprüfung gelungen, ein erschöpfendes Bild des tatsächlichen Grades dieser Krankheitsepemie, ihrer Ursachen und ihrer Folgen zu erhalten.

An der Polizeischule für Leibesübungen werden regelmäßig sportliche Übungen abgehalten. Der letzte Kursus war vom 16. April bis zum 29. Mai fortlaufend angelegt. Am 23. Mai, zwei Tage nach Himmelfahrt, erkrankten plötzlich drei Beamte an Fiebererscheinungen und allgemeiner Mattigkeit. Da diese Krankheitserscheinungen jedoch die typischen Symptome der Grippe aufwiesen, legte man ihnen zunächst keine große Bedeutung bei. Am 25. Mai erkrankten drei weitere Beamte. Die Fiebererscheinungen, die sich hier verstärkten, erschienen nunmehr dem amtierenden Schularzt, dem Dr. Kulpisch, so bedenklich, daß er die Ueberführung der Erkrankten in das Staatskrankenhaus anordnete. Zwischen dem 25. und 28. Mai erkrankten dann noch weitere zehn Beamte oder erschienen wenigstens krankheitsverdächtig. Auch diese wurden der Anstalt überwiesen. Seit dem 29. Mai sind keine weiteren Erkrankungen erfolgt. Ueber die eventuellen Ursachen der Erkrankungen sowie über die hygienischen Verhältnisse in der Polizeischule sei folgendes festgestellt:

Der Einkauf der Lebensmittel für die Küche der Polizeischule erfolgt durch einen Beamten unter genauer Kontrolle des Schularztes. Wie Dr. Kulpisch versichert, ist die Prüfung der Lebensmittel eine sehr gründliche und auch die Lieferanten, soweit es die Zeitung beurteilen kann, sind durchaus einwandfrei. Nachdem sich die ärztliche Leitung der Anstalt über die Art der Erkrankungen auf Grund der Blutuntersuchungen im Krankenhaus im klaren war, wurde vor allem zu einer Desinfektion der Küchenräume, der Warte- und Turnsäle, der Toiletten und Aborte geschritten. Diese Desinfektion geschah unter der Aufsicht des zuständigen Kreisarztes. Der Paratyphus ist eine typische Infektionskrankung, die durch hygienische Nachlässigkeit unheimlich schnell übertragen werden kann. Die Vermutung, daß die Bazillen von außen in die Polizeischule eingeschleppt worden seien, ist an sich nicht von der Hand zu weisen, vor allem, da die Ueberverpflegung der Beamten auf eigene Kosten geschieht. Gegen diese Annahme spricht jedoch die Tatsache, daß die Erkrankungen zur gleichen Zeit auftraten und daher wohl kaum von außen hineingetragen sein können. Da Dr. Kulpisch befürchtet, daß die Milch, die in der Anstalt genossen wurde, durch Bazillen infiziert war, wurde eine Milchprobe dem bakteriologischen Institut des Staatskrankenhauses überwiesen. Nach dem heutigen ärztlichen Befund, der vom Staatskrankenhaus der Leitung der Polizeischule übermittelt wurde, befinden sich sämtliche Erkrankten außer Lebensgefahr; nur bei drei Kranken sind noch Fiebererscheinungen zu verzeichnen.

Am 28. Mai ist der Beamtenkursus vorzeitig geschlossen worden, nachdem sämtliche Teilnehmer und das gesamte Dienstpersonal des Hauses einer Untersuchung unterzogen worden waren. Ueber die Infektionsquelle bestehen nur Vermutungen, und alle Kombinationen sind möglich, ehe nicht das Ergebnis der eingeleiteten Untersuchung bekannt ist. Von einigen Seiten ist der Verdacht geäußert worden, daß das Küchenpersonal bei der Zubereitung der Speisen nicht mit der nötigen Sauberkeit ans Werk gegangen sei. Eine Kücheninspektion ergibt jedoch, daß diese Vorwürfe nicht stichhaltig sind. Nach der Statistik des Schularztes befinden sich im Augenblick ein Polizeimajor, ein Polizeihauptmann, ein Oberleutnant sowie drei Wachtmeister vom Stammpersonal der Schule im Lazarett. Ob ein tatsächliches Verschulden vorliegt, ob irgendeine über- oder untergeordnete Stelle sich Mißgriffe und Verfehlungen irgendwelcher Art hat zuschulden kommen lassen, muß die Untersuchung ergeben, die bestenfalls mit aller Gründlichkeit und allem Nachdruck durchgeführt werden wird. Jedenfalls wäre es grundverfehrt, die bedauerlichen Vorfälle auf die leichte Schulter zu nehmen. Daß dieses von der Anstaltsleitung getan wird, kann man zurzeit nicht behaupten.

Die ersten Werberschen.

Heute, Mittwoch, früh hat der Engros- und -Verkauf von Rirschen und Erdbeeren eingeseht. Morgen früh um 3 Uhr trifft die erste Dampferladung von Rirschen und Erdbeeren in Berlin ein, und zwar am Lustgarten. Die Preise werden erst nach Eintreffen des Dampfers bekanntgemacht. Bis jetzt verspricht die Ernte gut zu werden. Dagegen ist im Spreewald die Obsternie durch die Trockenheit verdorben. Dort stehen die Obstbäume, mit grauem Gespinnst überzogen, kahle da.

Beerdiegungseindreher und Klingelfahrer.

Große Beute machten Beerdiegungseindreher in dem Hause Ritterstr. 65. Ein Kaufmann W., der dort wohnte, starb vor einigen Tagen in Osterode im Harz und wurde dort am Sonnabend beerdigt. Die Todesanzeige in den Zeitungen mußte auch gewerbmäßige Eindreher gelesen haben. Schon am Freitag erschienen drei fremde Männer in dem Hause und beobachteten an dem Vorder- und Hintereingang die Wohnung. Sie erfuhren so, daß alle Angehörigen und die Wirtschaftlerin am Freitag zur Beerdiegung abfahren, und daß die Wohnung ohne Aufsicht blieb. Als zunächst die Wirtschaftlerin zurückkehrte, fand sie ein wüdes Durcheinander. Eindreher hatten, um nicht gehört zu werden, überall Teppiche, Känzel, Beize und Betten auf dem Fußboden ausgebreitet und dann alle Behältnisse durchwühlt. In einem großen Silberkasten, den sie erdrachen, hatten sie alles liegen lassen. Gestohlen hatten sie dagegen für etwa 20 000 M. Schmuckachen. Auf die Ermittlung der Verbrecher sind 500 M., auf die Wiederbeschaffung des gestohlenen Gutes 2000 M. Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Trettin, Dienststelle B. I. 3. im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums. — Klingelfahrer suchten am ersten Feiertag in der Winterfeldstr. 50 eine Wohnung im dritten Stock heim, während in der Zeit von 11 Uhr vormittags bis 8 Uhr abends die Inhaberin, ein Untermieter und das Personal abwesend waren. Sie erbeuteten eine Kassetten (Arnheim) mit 10000 Mark und wertvolle Schmuckachen. Für die Ergreifung der Täter und die Wiederbeschaffung ihrer Beute ist eine Belohnung von 3000 M. ausgesetzt. Mitteilungen an Kriminalkommissar Galzow, Dienststelle B. II. 1 im Zimmer 87/88 des Polizeipräsidiums.

Ein Reichsjugendtag des JdA.

Der Reichsjugendtag des JdA. findet am 28. und 29. Juni statt. Bielefeld ist der Tagungsort, der an diesen Tagen die vielen wanderlustigen jungen Angestellten und kaufmännischen Lehrlinge vereinigen wird. Am Sonnabend ist für die eintreffenden Scharen im Burghof der Sparenburg eine große Begrüßungsfeier. Begrüßungsansprachen, umrahmt durch gesungene und musikalische Darbietungen, werden den Auswärtigen den Willkommungsgehalt bieten. Sonntag früh werden neben Führungen unter orts-fundiger Leitung berufliche Wettkämpfe ausgetragen. Geplant sind Schreibmaschinenwettreiben, Kurzschreiftreiben (mehrere Systeme), Wettläufe in Klatschschritt, Dekorationen u. a. m. Diesen folgt dann ein Umzug durch die Stadt, der seinen Höhepunkt in einer Kundgebung finden wird. Hier wird die JdA.-Jugend-Jugend-schulz und Jugendrecht fordern und ein freudiges Bekenntnis zur demokratischen Republik ablegen. Der preussische

Minister des Innern Genosse Severing wird die Ansprache halten. Im Festzuge geht es dann gemeinsam zur Ochsenheide; mächtigen Spielplätzen, auf denen Gelegenheit zur Messung körperlicher Fähigkeiten und zu freiem Spiel ist. Nach Beendigung derselben wird die Verteilung der Preise und die Uebernahme des Reichsjugendwimpels durch die in jeder Beziehung tüchtigste Jugendgruppe vorgenommen. Den Abschluß des Tages wird ein Fadelzug durch die Stadt und das Abbrennen eines Sonnenwendfeuers auf der Sparenburg bilden. Die Teilnehmer sammeln sich am Montag früh zum gemeinsamen Abmarsch nach dem Spielplatz der JdA.-Jugend am Fuße des Teutoburger Waldes, wo übrigens der Bau des neuen Reichsjugendheims beschliffen ist. Hier beginnen dann die Ferienwanderungen in die verschiedensten Gebiete unserer deutschen Heimat. Der Festbeitrag ist gering. Jeder kann an Jugendtag teilnehmen. Die Teilnehmerkarte kostet für Lehrlinge und jugendliche Angestellte unter 17 Jahren je 2 M., für jeden älteren 3 M. Für die Teilnehmerkarte werden gewährt zweimaliges freies Uebernachten, morgens Kaffee und zum Mittag warmes Essen und die Berechtigung zur Teilnahme an allen Veranstaltungen des Jugendtages. Auskunft erteilt die örtliche Geschäftsstelle des JdA. oder die Reichsjugendleitung des JdA., Berlin SO. 26, Oranienstr. 40/41.

Der Deutsche Rundflug.

Bisher 24 Flieger von der zweiten Schleife zurück.

In den späten Abendstunden des gestrigen Tages landeten noch drei weitere Flugzeuge, die die zweite Schleife des Rundfluges vor-schriftsmäßig absolviert hatten, und zwar Roeder auf Junkers (Flugzeit 15:36), ferner als einziges Flugzeug der Gruppe A der zweimotorigen Daimler mit Berger am Steuer (16:26) und schließlich v. Freyberg auf Heinkel. Ingesamt gelang es also 23 Maschinen noch am ersten Tage die zweite Schleife zu absolvieren. Nr. 638 v. Bülow auf Bäumler-Eindender hatte insofern Pech, als er kurz vor dem Flughafen bei Mariendorf in der Dunkelheit not-landen mußte, wobei sich die Maschine überschlug und beschädigt wurde. Das Flugzeug soll jedoch zum Start für die dritte Schleife wieder rechtzeitig hergestellt werden. Ueber die noch ausstehenden Flugzeuge liegen von der Etappe der zweiten Schleife folgende Meldungen vor: Nr. 686 Roeder auf Heinkel notlandete zwischen Paderborn und Frankfurt bei Friedberg, 666 Schönefeld auf Junkers hatte Notlandung hinter Chemnitz, 662, eine Caspar-Maschine, liegt zwischen Darmstadt und Erfurt, 661, ein Udet-Flugzeug, notlandete bei Salzglen. In Paderborn sind heute früh zum Weiterflug nach Berlin 639 (Bäumler), 656 (Junkers), 663 (Heinkel) und 608 (Daimler) gestartet, von denen nach den bisher vorliegenden Meldungen das Junkers-Flugzeug 656 Darmstadt bereits passiert hat.

Der Vormittag auf dem Flughafen.

Das weite Flugfeld war am heutigen Vormittag gähnend leer; erst gegen Mittag erschienen die ersten Besucher. D 634 (Pilot Kahlenstein) war um 9.17 Uhr gelandet, während sich D 638 auf dem Wege nach Berlin befindet.

Potsdam wird größer.

Der Bau der Straßenbahn nach Caputh beschlossen.

In der letzten Sitzung des Belziger Kreistages wurde von der Stadt Potsdam und dem Kreise einem Vertrage zugestimmt, der die Umgemeindung größeren Geländes von annähernd 200 Hektar aus den Gutsbezirken Tornow und Potsdam sowie Teilen des Gutsbezirks Plantagenhaus in den Stadtbezirk Potsdam regelt. Der Gutsbezirk Hermannswerder bleibt beim Kreise Juch-Belzig. Durch diesen Vertrag ist erstmalig anerkannt, daß die Stadt Potsdam für ihre Entwicklung einen Geländezuwachs braucht, und ihrem Ausbreitungsbedürfnis wird in diesem Vertrag Rechnung getragen. Die Stadt Potsdam verzichtet auf die Dauer von weiteren 30 Jahren auf weitere Umgemeindungen aus dem Kreise Juch-Belzig. Die Stadt Potsdam verpflichtet sich bis 1. April 1930 eine Straßenbahn nach Caputh zu führen, die am Bahnhof Schwielowsee enden soll, wenn nicht durch übermäßig hohe Forderungen der Grundeigentümer oder Verweigerung des Enteignungsrechts Schwierigkeiten entstehen. Auf dieser Linie sollen täglich 20 Zugpaare von 6 Uhr früh bis 8 Uhr abends verkehren. Mit Rücksicht auf die Obstzüchter sollen auch Anhänger, die zum Transport von Lasten geeignet sind, auf dieser Strecke eingestellt werden. Die Gemeinde Caputh zahlt zu diesem Straßenbahnprojekt innerhalb der Leistung des Kreises, die 150 000 Mark betragen soll, 40 000 M. Der Stadt Potsdam ist es anheimgegeben, die Straßenbahn auch durch ein anderes gleichwertiges Verkehrsmittel zu ersetzen. — Durch diesen Vertrag werden die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Potsdam und dem Kreise Juch-Belzig in wesentlicher Weise gefördert. Der Vertrag ist auch von erheblicher Bedeutung besonders für die Entwicklung der Gemeinde Caputh, die von dem Potsdamer Verkehrsmittel durchfahren werden muß.

Für Amerikaeinwanderer.

Das amerikanische Generalkonsulat in Berlin teilt mit, daß es ab 2. Juni 1925 Anträge auf Registrierung zum Erhalt eines Quota-Einwanderungsscheines von Personen entgegennimmt, die nicht in Oesterreich, Lettland, Litauen, Polen oder Rußland geboren sind, und die innerhalb des Konsulatsbezirks Brandenburg, Pommern und Grenzbezirk Westpreußen-Polen mindestens acht der letzten zwölf Monate wohnhaft gewesen sind. Personen, die in Oesterreich, Lettland, Litauen, Polen oder Rußland geboren sind, können einen Antrag auf Registrierung stellen, wenn sie verheiratet sind und in Begleitung ihrer Ehe-männer reisen, die in einem anderen Lande geboren wurden; oder wenn sie ledig und unter 21 Jahren sind und ihre Väter oder Mütter begleiten, die in einem anderen Lande geboren sind. Es werden nur schriftliche Anträge auf dem vorgeschriebenen Formular entgegengenommen, das im amerikanischen Generalkonsulat, Bohlstr. 12, Berlin W9, erhältlich ist. Pässe und sonstige Dokumente jeglicher Art sollen einem Registrierungsantrag nicht beigelegt werden.

Die Rheinische Jahrausendfeier in Berlin. Mehrere Berliner Verbände veranstalten vom 12. bis 14. Juni in Berlin eine Rheinische Jahrausendfeier, die ein umfangreiches Programm vorsieht. Am 12. Juni findet eine künstlerische Veranstaltung im Schauspielhaus am Königplatz statt, der am 13. und 14. Juni mehrere öffentliche Veranstaltungen größeren Stils, so u. a. ein Festzug, folgen sollen. Ein Komitee hat die Organisation der Veranstaltung in die Hand genommen.

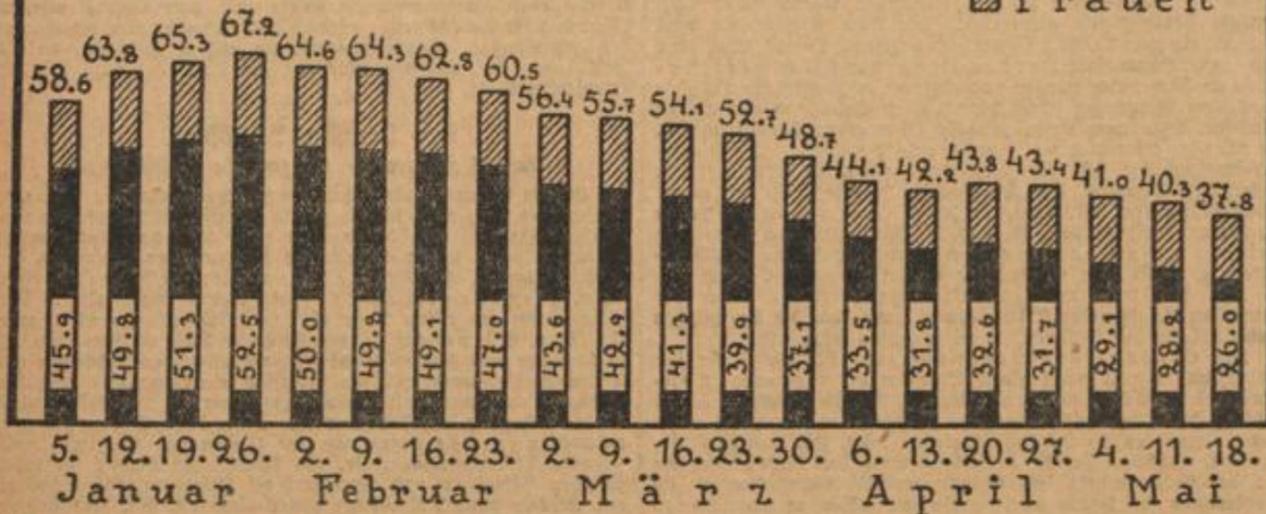
Vergnügungsfahrten in den Tod.

Ein schweres Automobilunglück ereignete sich am Pfingstmontag auf der hannoverschen Landstraße zwischen Walsrode und Gifhorn. Ein mit sechs Personen besetztes Auto überschlug sich mehrere Male infolge Bruchs einer Feder der Vorderachse, verursachte durch zu schnelles Fahren. Die Insassen wurden herausgeschleudert; eine ältere Dame war sofort tot, ihr Mann starb kurz darauf, während der Sohn des Ehepaares und Besizer des Wagens, ein Wagdeburger Großkaufmann, und dessen Braut schwer verletzt wurden. Der Chauffeur sowie ein zehnjähriger Knabe kamen mit leichten Hautabwühlungen davon. Die Namen der Verunglückten sind noch nicht bekannt. — Aus Stertrade wird gemeldet: Ein Auto der Firma Ruckebier fuhr auf einer Vergnügungsfahrt aus noch nicht bekannten Gründen gegen einen Baum. Die im Auto sitzende Frau Hagendek aus Wesel wurde aus dem Wagen geschleudert und blieb tot liegen. Ihr Mann erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald darauf starb. Die anderen Mitfahrenden kamen mit Hautabwühlungen davon.

Der Berliner Arbeitsmarkt

Januar - Mai 1925

In 1000 Personen



Die vorstehende graphische Darstellung zeigt das Angebot von Arbeitskräften an den Stichtagen der 20 Wochen vom 5. Januar bis zum 18. Mai d. J. anschaulicher, als trockene Ziffern es vermögen. Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt weisen erfreulicherweise einen stetigen Rückgang der Zahl der Arbeitsuchenden auf, von 58 600 bzw. 67 200 bis herab auf 37 800 Arbeitslose. Eine Zahl, die leider immer noch zu hoch ist, die jedoch dem Unternehmerium als Arbeitslosenreserve noch zu gering erscheint. Im Januar steigt die Ziffer der Arbeitsuchenden von Woche zu Woche bis sie gegen Ende Januar ihren höchsten Stand erreicht. Sie geht dann allmählich zurück, bis sie am 2. März den ursprünglichen Januarstand hinter sich gelassen hat. In der zweiten und dritten Aprilwoche trat noch einmal eine geringe Steigerung auf, worauf ab 4. Mai wieder ein ununterbrochener Rückgang einsetzte.

Die Ziffern der oberen Reihe geben den Gesamtumfang der Arbeitslosigkeit an, vielmehr die Zahl der insgesamt gemeldeten Arbeitsuchenden. Die untere Zifferreihe zeigt die jeweilige Zahl der männlichen Arbeitsuchenden. Ziehen wir deren Zahlen von denen der oberen Reihe ab, so erhalten wir die Zahlen der weiblichen Arbeitsuchenden. Diese beginnt mit 12 700, steigt auf 14 000 bis zum Höchststand von 14 700 in der vierten Januarwoche, sinkt dann allmählich bis Anfang März auf 12 800 und bleibt nun

während vier Wochen konstant. Erst Ende März beginnt ein weiterer Rückgang, der Mitte April bis auf 10 400 geht. Dann steigt die Zahl der weiblichen Arbeitsuchenden wieder an auf 11 200, 11 700, 11 900 bis 12 100 und geht dann in der dritten Maiwoche wieder etwas zurück auf 11 800. Während also die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden von 67 200 in der letzten Januarwoche bis 18. Mai auf 37 800 zurückgegangen war, die Zahl der männlichen Arbeitsuchenden von 52 500 auf 26 000, d. i. um mehr als die Hälfte zurückging, ist die Höchstzahl der weiblichen Arbeitsuchenden von 14 700 im gleichen Zeitraum nur auf 11 800 zurückgegangen. Es ist also selbst in der günstigsten Jahreszeit mit einem Ueberangebot weiblicher Arbeitskräfte zu rechnen. Der Krieg und dessen Auswirkungen haben die Frauen in vermehrtem Maße in die Erwerbstätigkeit hineingezogen. Die Arbeitslosigkeit der Frauen ist in Wirklichkeit größer als aus den Ziffern der Arbeitsuchenden hervorgeht, da viele Frauen die Anspruchnahme des Arbeitsnachweises als erfolglos aufgegeben haben.

Die einheitliche Arbeitsvermittlung durch die kommunalen öffentlichen und Jagarbeitsnachweise vermittelt uns erst einen genauen Ueberblick über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes und ermöglicht auch, was wichtiger ist, eine geordnete Unterbringung der Arbeitskräfte, soweit diese überhaupt möglich ist.

Der Gewerkschaftskongress und die KPD.

Die Hindenburg-Wahlhelfer möchten zu gern noch eine Rolle spielen auf dem bevorstehenden Gewerkschaftskongress, aber woher die dazu notwendigen Mandate nehmen. Am günstigsten bewerten sie ihre Aussichten im Metallarbeiterverband, weil nach der geltenden Wahlordnung schon 10 Prozent der Versammlungsteilnehmer die Aufstellung einer Mindestkandidatenliste verlangen können. Um sich in der Rolle des Pimperl Wichtig vor einem leichtgläubigen Anhängers zu produzieren zu können, teilt die Zentrale der KPD ihren Bezirksleitungen mit, daß ihr ein Rundschreiben des DWA-Vorstandes in die Hände gefallen ist mit der Wahlordnung. Die bedauernden Deutschen, die so etwas glauben müssen! Die Wahlordnung ist wie immer auszugeweiht in der „Metallarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht und die notwendigen vollständigen Sonderdrucke sämtlichen Bezirksleitungen und Ortsvereinigungen für die Durchführung der Wahl zugestellt.

Jetzt mimen die Reaktionshelfer Wachsamkeit. Für jeden Bezirk wird eine KPD-Wahlleitung bestimmt in den Städten Berlin, Bielefeld, Breslau, Dresden, Jena, Essen, Hanau, Solingen (in Frankfurt, Hagen oder Remscheid ist keine Aussicht mehr!) Halle, Hamburg, Hannover, Köln, Königsberg, Nürnberg, Stettin und Stuttgart. Bis spätestens 31. Mai sind Konferenzen einzuberufen, in denen unter Mitwirkung der KPD die Kandidaten aufgestellt werden, die nicht nur in jeder Hinsicht als wirklich gute Kommunisten, sondern auch als wirklich befähigte Gewerkschaftler bekannt sind.

Immerhin, die Gewerkschaft hat etwas gelernt. Früher wurde bekanntlich auf befähigte Gewerkschaftler geachtet, gute Kommunisten, auch ohne Verstand, wurden gewählt. Gibt es denn überhaupt einen Kommunisten, der zugleich ein guter Gewerkschaftler sein darf? Der Mann würde nicht alt in der KPD. Der von der KPD verfolgte Zweck ist die Konzentrierung aller kommunistischen Stimmen auf wenige Kandidaten, um eine Zersplitterung dieser Stimmen zu vermeiden. Da man auf eine Zersplitterung bei den wirklich guten Gewerkschaftern rechnet, glaubt man, sie mit einer zahlenmäßig kleinen kommunistischen Minorität überumpeln zu können. Unsere Genossen werden am 12. Juli den Schrittmachern der Reaktionen und Monarchisten beweisen, daß sie in keinem Arbeiterparlament eine Rolle mehr spielen dürfen. Nur gegen diese KPD-Zweibeeren kann die Einheitsfront der Arbeiter hergestellt werden.

Mißglückter Abbau eines Betriebsratsvorsitzenden.

Von den 39 Handwerkern des Bahnbetriebswerks Rummelsburg sollten fünf abgebaut werden. Unter den zur Entlassung Bestimmten befand sich auch der Schlosser B., der seit drei Jahren im Werk tätig ist und durch Unfall in einem früheren Arbeitsverhältnis bei der Eisenbahn ein Auge verloren hat, wodurch seine Erwerbstätigkeit um 30 Proz. vermindert ist. Da B. das Amt des Betriebsratsvorsitzenden bekleidete und der Betriebsrat sich gegen seine Entlassung erklärt hat, beantragte die Reichsbahndirektion beim Gewerbegericht die Zustimmung zur Entlassung, die sie mit mangelhafter Arbeitsleistung des B. zu begründen suchte.

Der Vertreter B. erklärte, die Entlassung gelte nicht dem angeblich unproduktiven Arbeiter, sondern dem Betriebsratsvorsitzenden, der die Rechte seiner Kollegen energisch vertreten habe.

Davon könne gar nicht die Rede sein, versicherte der Vertreter der Direktion, denn an die Stelle des Entlassenen käme ja doch ein anderer Betriebsratsvorsitzender.

Das ist schon richtig, erwiderte der Vertreter B., aber wenn der andere nicht das Schicksal seines Vorgängers teilen will, dann wird er in der Vertretung der Arbeiterinteressen „vorsichtiger“ sein, und wenn er noch nicht vorsichtig genug ist, dann wird man wieder einen Entlassungsgrund suchen und das Spiel so lange fortsetzen, bis ein der Verwaltung genehmer Mann den Vorposten im Betriebsrat bekleidet.

Nun wurde die Behauptung, B. sei ein nachlässiger Arbeiter, des näheren geprüft. Dabei stellte sich heraus, daß man, wahrscheinlich im Hinblick auf die in Aussicht genommene Entlassung des Betriebsratsvorsitzenden, seine Arbeitsleistung seit einiger Zeit systematisch beobachtet und ganze zwei Fälle herausgefunden hat, wo B. Reparaturarbeiten verpußt hat, was dieser auf sein mangelhaftes Sehvermögen zurückführt. Ferner wurde behauptet, die Kolonne, in der er beschäftigt war, habe infolge seiner Nachlässigkeit nur 25 Proz. Uebererdbienst im Afford erzielt, während andere Kolonnen 30 und mehr Prozent Uebererdbienst hatten.

B. erklärte das damit, daß er ja um 30 Proz. erwerbsbeschränkt sei und auch durch seine Betriebsratsstätigkeit während der Arbeitszeit in Anspruch genommen werde, für die ihm früher wöchentlich 9 Stunden Freizeit gewährt waren, während ihm in letzter Zeit gar keine Freizeit mehr zugestanden wurde. Er dürfe nur noch eine

Sprechstunde in der Woche abhalten. Unter diesen Umständen habe er natürlich manchmal während der Arbeitszeit seine Betriebsratsgeschäfte erledigen müssen.

Der Nachweis, daß der Betriebsratsvorsitzende lediglich wegen mangelhafter Arbeitsleistung entlassen werden solle, mißfiel der Direktion so vollständig, daß die Eisenbahndirektion ihre Zustimmung zu der Kündigung verweigerte.

Die „lästige“ Mitbestimmung der Arbeiter.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich in den letzten Tagen mit dem Haushalt des Ministeriums für Ernährung und Landwirtschaft. Die Frage der Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion wurde wiederum ausgiebig beraten. Wie überall heißt auch die Förderung der landwirtschaftlichen Unternehmer: Steigerung der Arbeitsleistung.

Gegenwärtig spielt das Problem der Landarbeitersforschung und Landarbeiterslehre eine große Rolle. Unter Führung des Reichstagsabgeordneten und Vorsitzenden des Deutschen Landarbeitersverbandes Georg Schmidt brachten die sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder hierzu folgenden Antrag ein:

„Die Reichsregierung zu ersuchen, bei der Unterstützung aller Bestrebungen zur Förderung der Landarbeitersforschung und sonstiger Maßnahmen zur Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion darauf zu achten, daß Vertreter der Gewerkschaften und die Betriebsräte bei der Beratung und Durchführung als Mitwirkende hinzugezogen werden.“

Die Unterstützung ist zu versagen, wenn sich herausstellt, daß derartige Maßnahmen dazu dienen, um den Lohn der Arbeiterklasse herabzudrücken.“

Dieser wohlgemeinte und selbstverständliche Antrag wurde bezeichnenderweise im Haushaltsausschuß mit 13 gegen 13 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten, außerdem von der Deutschnationalen Volkspartei der Abgeordnete Behrens vom Zentralverband der Landarbeiter. Seine anderen deutschnationalen Freunde bekümmerten sich vor lauter „Arbeiterfreundlichkeit“ nicht um ihn und ließen ihn im Stich.

So ist erneut bewiesen, daß die Rechtsparteien gegen die Mitwirkung der Gewerkschaften und Betriebsräte sind. Man will nicht, daß diese Kreise das Recht genießen, zu den Fragen der Produktion auch ihren Standpunkt zum Ausdruck zu bringen. Die Arbeiter waren Aufriss und sollen solche bleiben. Wahrlich eine schöne Volksgemeinschaft, die wir in Deutschland haben. Und daraus wollen die Arbeiter nicht lernen und sich zusammenschließen?

Die Arbeiterräte der Textilindustrie.

Der Verbandsvorstand der Textilarbeiter beruft zu Sonntag, den 28. Juni, nach Leipzig ins Volkshaus eine Konferenz der Arbeiterräte der Textilindustrie ein. Ueber die bisherige Praxis der freigestellten Betriebsräte und der Betriebsräte im Aufsichtsrat referiert Alfred Apel, Grünberg i. Schl. Ueber Aufgaben und Praxis der Aufsichtsräte in den Textilaktiengesellschaften referiert der Direktor der Arbeiterbank, Geheimrat Dr. Bachem, Berlin. Das Thema: Der freigestellte Betriebsrat und der Betriebsrat im Aufsichtsrat als Organ des deutschen Textilarbeiterverbandes im Kampf um Wirtschaftsdemokratie behandelt Fritz Schulze, Berlin. Teilnehmer der Konferenz sind dem Textilarbeiterverband angehörende, auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehende Betriebsräte.

Das Zechenlegen.

Hannover, 3. Juni. (WZ.) Nachdem auf der Zeche Renmühl trotz der schweren Abschnitte der Betrieb mit Feierschichten aufrechterhalten worden war, wird die Werksleitung jetzt 1500 Bergleute zum 15. Juni kündigen. Es ist mit völliger Stilllegung der Zeche, die etwa 4000 Bergleute und Angestellte beschäftigt, zu rechnen.

Solidarität mit den dänischen Transportarbeitern.

London, 2. Juni. (WZ.) Die englische Transportarbeiterunion hat einen Beschluß gefaßt, den Streik der dänischen Transportarbeiter zu unterstützen. Infolgedessen werden seit Sonnabend in allen britischen Häfen keine Schiffe mehr entladen, die von Dänemark kommen.

Der Konflikt im französischen Postbetriebe.

Paris, 3. Juni (Eigener Drahtbericht.) Eine von vielen Tausenden Beamten und Angestellten aller Kategorien der Post- und Telegraphenverwaltung besuchte Versammlung hat gestern abend beschlossen, durch eine Delegation mit der Regierung und den zuständigen Kommissionen der Kammer über die bereits mitgeteilten Forderungen des Personals verhandeln zu lassen, und für den Fall, daß diese Verhandlungen nicht zum Ziele führen sollten, in den Generallstreik einzutreten.

Aus der Partei.

Severings Dank.

Zu meinem fünfzigsten Geburtstag sind mir aus allen Teilen des Reiches so viele freundliche Worte der Ermunterung zugegangen, daß es mir unmöglich ist, jedem einzelnen Freunde und jeder einzelnen Organisation, die meiner gedacht, zu danken. Ich bitte deshalb auf diesem Wege sagen zu dürfen, daß ich meinen Dank ablassen will dadurch, daß ich mich auch in Zukunft bemühen werde, auf den Gebieten meiner öffentlichen Wirksamkeit meine Pflicht zu tun. Carl Severing.

Verantwortlich für Politik: Viktor Schiff; Wirtschaft: Viktor Sehermann; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Ehre; Ausland: Dr. John Schollweil; Soziale und Sonstige: Fritz Reichardt; Anzeigen: H. Glöck; sämtlich in Berlin. Verlag: Norddeutscher Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Norddeutscher Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 6, Lindenstraße 1.

Musikaufträge
Übergibt man nur dem Nachweis des Deutschen Musikerverbandes, Berlin O 27, Rindfleischstr. 21 (Königsplatz 4310, 4048). Geschäftszeit 9 bis 5, Sonntag 10 bis 2 Uhr. Auf Wunsch Vertreterbesuch.

Berliner Elektriker-Genossenschaft
angegli. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Führer: Norden 1198
Filiale Westend, Wilmersdorf
Landhausstr. 4 - Tel. Plötzberg 9431
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel
Ausführung sämtl. Reparaturen
Preiswerte, gediegene Arbeit

Damentaschen-Fabrik
Wasserblase-Rosette m. Blf. 10.50
Zeit Gaffan 8.50
Coupe-Koffer von 5.00 an
Nach Einzelverkauf!
Lederwarenfabrik Mebel
Reichenstr. 89, zwisch. Roedel u. Ritterstr.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet
Ich liefere als Selbsthersteller
Trauringe
zu billigsten Preisen
in den gediegensten Ausführungen
= Stündig ca. 3000 St. auf Lager =
Hermann Wiese, Berlin W. 24, Krillstr. 30
W. Passauerstr. 12
Preisliste gratis
Ges. geschützt

Gardinen
Sonderangebote - Kante
in Resten
Stores, Bettdecken
Matten- und
Kissenherstellung
Sonder-Gardinen
Huckelbergstr. 57
am Ringbahnhof.

Tapeten
25 Pl. 30 Pl. 35 Pl.
Kleinmengen in allen Preislagen - besteiche Muster
Tapeten-Magazin Humboldt
Brunnenstraße 112, Ecke Voltastraße
nur 1. Stock, kein Laden
(Klingel, hoher Aufzug, keine Miete)
Berliner Str. 112, 113, 114

Der gute Kapitän-Kaufabak
ist in den meisten Läden
erschaffen erhältlich
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 3861

Edolf Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Porto 5 Pfennig.
Su beziehen durch
H. Hoffmann,
Berlin O 17, Sappenschtr. 6, II.
Fischhofstraße 100/101.

Haben Sie Wanzen? So gebrauchen Sie Mothesin.
Unschätzbare Spezial-Mittel zur radikalen Beseitigung der Wanzen und deren Brut. Wohlriechend und schnelle Wirkung.
Preis Flasche 1.-, 2.50 und 4.- Mk. Nur allein echt bei
Arth. Mothesin, Berlin N. 21, Silesienländer Straße 41.
Gegen Schaben, Kuffen, Heuschrecken und Flöhe usw. Watten
nicht! Drat helfen nur wenn als vorzüglich anerkannter
Spezial-Mittel in Schachteln à 1.- Mk.

Krause-Pianos
zur
Miete
Ansbacher Str. 1.
100.000

Zähne 1 u. 2 G.-M. Teilzahlung
gestattet 1. Anzahl u. wöchentl. Abzahlung von
1 G.-M. an. Echte Goldkronen v. 5 G.-M. an. Ersatz-
kronen v. 3 G.-M. an. Zähne ohne Gummipolier v.
3 G.-M. an. Zahn- mit Metall 1 G.-M. v. Bestelle-
von Oblassen gratis Rat und Mundunterstützung gratis.
1 Jahre weitgehende Garantie. Ueber 20.000 Gebisse zur
vollsten Zufriedenheit geliefert.
Halvani, Danziger Strasse 1, Ecke Schön-
Vorseiger 10% Rabatt.